

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstraße 11 1/2
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreigespalt. Zeitspalt. Aufnahme nur bei vorherg. Gebühreneinsendung auf Postfach 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsschl. Freitag

Erfolgreiche Werbung auch in Krisenzeiten möglich.

In der Nr. 43 unseres Verbandsorgans brachten wir aus der Feder unseres Verbandsvorsitzenden, Kollegen Fr. Gerhardt, einen Werbeaufsatz „Alle Berufsangehörige.“

Diese Aufforderung zu reglamer Agitationsarbeit ist im Reich nicht ungehört verhallt. Allerorten sind die Kollegen und Kolleginnen am Werk, um Aufmerksamkeit in die Reihen der uns fernstehenden Berufsangehörigen zu tragen. Hier und da hört man auch Schwarzzeher, die jede Agitationstätigkeit während der Zeit der Wirtschaftskrise für verlorene Mühe erklären.

Geradezu erfrischend wirkt dagegen, um nur ein Beispiel herauszugreifen, die Einstellung unserer Glogauer Kollegen. Getragen von gesundem Optimismus und von Kampfesfreude, sind diese Kollegen an die Werbearbeit herangegangen und haben — Glogau ist eine schlesische Mittelstadt — im Rahmen ihres Agitationsgebietes geradezu Vorbildliches geleistet; vorbildlich, soweit der Aufbau der Werbung in Betracht kommt, vorbildlich jedoch auch dadurch, daß diese Arbeit von einem guten Erfolg gekrönt wurde, und damit bewiesen ist, daß auch in der gegenwärtigen Zeit auf dem Gebiet der Mitgliederwerbung erfolgreich gearbeitet werden kann.

Zum besseren Verständnis der überaus schwierigen Verhältnisse, aus denen heraus diese Werbung unternommen wurde, noch die Tatsache, daß die Erhebung über „Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit“ in unserem Verband Ende September 1932 für Schlesien 60,2 Proz. Arbeitslose und 5,0 Proz. Kurzarbeiter meldet.

Doch lassen wir die Glogauer Kollegen in ihrem Versammlungsbericht selbst die Worte kommen:

Glogau. Die von der Hauptverwaltung angelegte Werbeaktion wurde in Glogau mit einem beachtlichen Erfolge für uns durchgeführt.

Die Ortsverwaltung hatte zunächst zu einem Lichtbildervortrag eingeladen, zu dem uns ein Teil des Bildmaterials vom Hauptvorstand überlassen wurde. Im übrigen wurden Bilder gezeigt aus der „Reichsbanner-Zeitung“ und dem „Wahren Jacob“. Verstärkt wurde die Wirkung des Vortrages durch eine kleine Ausstellung von Zeichnungen moderner Polstermöbel und Inneneinrichtungen, sowie eine Sammlung der oben genannten Zeitschriften.

Als wirkungsvollstes Werbemittel erwies sich jedoch erneut die Hausagitation. Es zeigte sich, daß man auf den ersten Anheb nicht immer sofort zum Ziel doch erreicht, wenn man die Kräfte und Mittel richtig ansetzt. Jüngere Kollegen, die selbst in der Jugendbewegung stehen und wirken, haben natürlich auf ihre Altersgenossen entscheidenden Einfluß. Hingegen sprechen zu den älteren Kollegen am besten Männer, die mit ihnen aufgewachsen sind. Hier ist beachtlich, daß die älteren Kollegen in ihrer Sorge um die Zukunft einen Halt suchen, der ihnen in unserer Alters- und Invalidenunterstützung geboten wird, eine Einrichtung, die das Interesse der Ehefrauen ebenso fesselt wie das der Kollegen selbst.

Die Werbeaktion wurde zunächst abgeschlossen mit einer Versammlung, in der unser Gauleiter, Kollege Gehring, sprach, nachdem er uns zuvor bei der Hausagitation erfolgreich unterstützte. Es ist uns gelungen, drei jüngere Kollegen, vier Lehrlinge und einen älteren Kollegen dem Verbande zuzuführen und es ist zu erwarten, daß sich die Wirkung unserer Arbeit noch weiter auswirkt. Gelingt es auch in den übrigen Orten ähnliche Erfolge für uns zu buchen, werden wir auch in der Lage sein, die Schläge der Reaktion und ihrer Helfer erfolgreich abzuwehren.

Freiheit!

Erich Maluche.

Arbeiterklasse, Arbeiterrechte und Reichstagswahl.

Schon die vorige Reichstagswahl stand unter dem Zeichen des Kampfes um die Erhaltung des kollektiven Arbeitsrechts. Das Wahlergebnis hat erwiesen, daß sich die Arbeiterklasse immer noch nicht darüber klar ist, daß es gilt, durch Einigkeit und Geschlossenheit gegen die Gefährdung des kollektiven Arbeitsrechts anzukämpfen. Nun stehen wir wieder vor einer Reichstagswahl. Wiederum gilt es, die verfassungsmäßig gewährleisteten Grundrechte der Arbeiterklasse zu verteidigen. Das gesamte kollektive Arbeitsrecht ist in Gefahr, eingengt oder abgebaut zu werden. Das gilt ebenso für die Meinungsfreiheit, die Ver-

beitsrecht wieder zu beseitigen. Der Kampf gegen diese willkürlichen Eingriffe kann nur dann gewonnen werden, wenn nun endlich die gesamte Arbeiterklasse einig und geschlossen der Partei ihre Stimme gibt, die in erster Linie für die Schaffung und die Ausgestaltung des kollektiven Arbeitsrechts stets eingetreten ist. Das ist für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Jeder Arbeiter, der das Schicksal der völligen Entrechtung abwenden will, muß seine Stimme für diese Partei abgeben. Die kommende Reichstagswahl wird historische Bedeutung erlangen. Es ist vielleicht auf lange Zeit hinaus die letzte Möglichkeit, durch Einigkeit und Geschlossenheit die Arbeiterrechte, die in der Reichsverfassung gewährleistet sind, zu erhalten. Denn die gegenwärtige Reichsregierung spielt bereits mit dem Gedanken einer Verfassungsänderung und der Verschlechterung des Wahlrechts.

Mit einem gefügigen Reichstag oder wenn die Regierung diese Pläne auf dem Umweg über die Länder durchzusetzen vermag, wird sie noch leichteres Spiel haben, ihren arbeiterfeindlichen Kurs fortzuführen.

Diese Entwicklung kann nur aufgehalten werden, wenn alle Arbeiter am 6. November ihre Stimme für die Sozialdemokratie, für Liste 2, abgeben. Alle Stimmen der Arbeiterklasse gegen die volksfremdeste aller deutschen Regierungen der Nachkriegszeit, für den sozialen deutschen Volksstaat! Gegen die Vorkherrschaft der Unternehmer, für die Erhaltung des kollektiven Arbeitsrechts!

Die Lichtgestalten des Papen-Kurses.

Die Gewerkschaften sind auf der Solidarität der Arbeiter untereinander begründet. Die Arbeit, „geben“, die den Arbeitern keine Arbeit mehr geben können, wünschen die Konturrenz der Arbeiter untereinander; das bedeutet in der Krise die herrlichste Lohnbrüdererei. Vom Papen-Kurs erwarten sie die Zerstörung des Arbeits- und Tarifrechts, damit der Weg zur Lohnbrüdererei frei werde.

Die Scharfmacher tun alles zur Erzeugung der Papenschen Lichtgestalten. In der „Hüttenzeitung“ Nr. 18 der Vereinigten Stahlwerke bringen sie die bildliche Wiedergabe von 27 plünderischen Werksfahnen mit der köstlichen Beschriftung „Das? Oder ist Klassenkampf besser?“ Das „Das“ ist dann der trottelnde, schmarozende Prolet, der für den Klassenkampf verloren ist. Herrlich sind die Inschriften, die diese Fahnen tragen. Da heißt es:

„Gib' deine ganze Kraft!
Man lebt nur, wenn man schafft!“

oder

„Arbeit ist unsere Zier
und Segen unser Preis!“

Das sind Wünsche recht nach dem Herzen unserer Scharfmacher. Von Proleten erhoben, macht es sich doppelt gut. Darum fordern sie auch die Abschaffung der Unterstützung für die Arbeitslosen, denn, „wer keine ganze Kraft geben und nicht schaffen kann“, weil ihm eben der Arbeitgeber keine Arbeit mehr gibt, braucht auch nicht zu leben. Darum lassen auch die gelben Arbeitervertreter die Arbeiter und Arbeitslosen im Stich, weil sie so ohne jegliche „Zier und Segen“ sind.

Gibt zur Reichstagswahl die richtige Antwort: Der Klassenkampf ist nicht nur besser, sondern bitter notwendig, um die Arbeiterklasse am Leben zu erhalten. Die gelben Lichtgestalten des Papen-Kurses dürfen niemals Wahrheit werden. Solches Anechtum ist der Arbeiterklasse unwürdig. Wählt Sozialdemokraten!



einigungsfreiheit und die Versammlungsfreiheit wie für den Tarifvertrag, das Schlichtungswesen, das Mitbestimmungsrecht und alle übrigen Teile des Arbeitsrechts.

In den letzten Wochen hat die gegenwärtige Reichsregierung bereits entscheidend in das Tarifrecht eingegriffen. Der Inhalt der Tarifverträge soll nicht mehr unabhängig von der Inhalt der Arbeitsverträge bestimmen. Den Arbeitgebern ist das einseitige Recht gegeben worden, für die 31. bis 40. Wochenstunde eine Tariflohnminderung vorzunehmen oder nach Anerkennung der Gefährdung ihres Betriebes allgemein eine Tariflohnminderung bis zu 20 Proz. für sämtliche geleisteten Arbeitsstunden einseitig vornehmen zu dürfen. Damit ist die im Artikel 165 der Reichsverfassung gewährleistete Gleichberechtigung der Arbeiterklasse tatsächlich beseitigt und das Recht der Gewerkschaften, durch Tarifverträge die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit unmittelbarer und unabhängiger Wirkung zu regeln, ebenfalls teilweise aufgehoben.

Während es im vorigen Wahlkampf noch allein darum ging, einen Abbau des Arbeitsrechts zu verhindern, geht es im jetzigen Wahlkampf bereits darum, die erfolgten Eingriffe in das kollektive Ar-

An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Am 6. November werdet ihr wieder euer höchstes Staatsbürgerrecht ausüben. Dieses Recht ist in Gefahr. Wenn die Reaktion siegt, kann es das letztemal sein, daß ein neuer Reichstag nach dem freien Wahlrecht gewählt wird, das die sozialdemokratische Arbeiterbewegung nach dem Sturz des alten Kaiserstaates für sich und das deutsche Volk errungen hat. Der Ausfall dieser Wahl wird es entscheiden.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr habt Jahrzehnte einer harten politischen Schule hinter euch. Ihr werdet mit klarem Blick die ungeheuren Gefahren erkennen, die sich hinter den staatspolitischen Plänen der jetzigen Regierung verbergen.

Eure Freiheitsrechte, in einer langen ruhmreichen Geschichte erkämpft, sind aufs äußerste bedroht. Euer Kampf um die politische Macht ist in ein entscheidendes Stadium getreten.

Die politische Macht der Arbeiterklasse ist der Schlüssel zum Umbau der Wirtschaft, wie die Gewerkschaften ihn fordern.

Ein freies Deutschland kann nur ein sozialistisches Deutschland sein. Die Souveränität des deutschen Volkes unter den Weltmächten hat zur Voraussetzung, daß das Volk auch über sein innenpolitisches Schicksal souverän entscheidet.

Kein Volk ist frei, dessen Arbeiterschaft zur Unfreiheit, zur Hörigkeit verdammt ist. Kämpft für eure Freiheit!

Zeigt allen Gegnern am 6. November, daß euer Wille zur politischen Macht ungebrochen ist. Gebt eure Stimmen der politischen Partei, die allein die Rechte und die Freiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen wahrhaft verteidigt.

Alle Stimmen für die Sozialdemokratie.

Berlin, 24. Oktober 1932.

Der Bundesvorstand
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Wirtschaftssysteme verschwinden nicht von selbst. Sie müssen gestürzt werden, wenn die Zeit dafür gekommen ist. Und wahrlich, die Zeit ist überreif für den Sturz des Kapitalismus, für die sozialistische Organisation der Wirtschaft.

Die Sozialdemokratische Partei in engster Gemeinschaft mit den Gewerkschaften hat den Kampf für den Sozialismus als Gegenwartsaufgabe proklamiert. Die konkreten Forderungen des Umbauprogramms — Ueberführung der Schwerindustrie und der Großbanken in den Besitz der Gesellschaft, Enteignung des Großgrundbesitzes, Ausbau staatlicher Wirtschaftsmonopole, Errichtung einer zentralen Planwirtschaftsstelle — sind die Voraussetzungen für eine Neuordnung der produktiven Kräfte im Sinne einer planmäßigen Bedarfsdeckungswirtschaft.

Selbstverständlich hängt die Verwirklichung der sozialistischen Forderungen von der politischen Machtgestaltung ab, davon, daß die vom Kapitalismus Enterbten sich in einer politischen Willenseinheit zusammenschließen. Der Boden dafür ist die Sozialdemokratische Partei. Ihr gehören die gewerkschaftlichen Stimmen am 6. November.

Alles für die Erstarkung der freien Gewerkschaften.

Dem Rufe des Bundesvorstandes des ADGB und der Vorstehenden der Verbände folgend, sind zur Zeit im ganzen Reich unzählige Arbeiter, Arbeiterinnen und Jungkollegen am Werk, um den freien Gewerkschaften neue Mitstreiter zuzuführen. Es ist in letzter Zeit viel von der Einheitsfront der Arbeiterklasse geredet und geschrieben worden. Eins ist dabei klar: der Angriff der Unternehmer auf die Existenzbedingungen des lohnarbeitenden Volkes erfordert, daß die Arbeiterkraft zusammensteht.

In dieser ernten Zeit bringt es das Reichsamt der A.G.D. fertig, sich in einem Appell gegen den Werbeauftrag Leipzigs zu wenden. In diesem Appell der A.G.D. wird gefragt: „Ist es wahr, daß durch die Stärkung der ADGB-Verbände ohne weiteres eine Stärkung der Kampfkraft der Arbeiterklasse, des Kampfes gegen jeden Pfennig Lohnabbau, gegen die falsche Hungerspolitik der Papen-Regierung erfolgt? Und es wird geantwortet: „Millionen Arbeiter wissen, daß die Werbeparole der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ein Betrug ist.“

Wohin der Weg gehen soll, zeigen die Entschlüsse des letzten Plenums des Exekutiv Ausschusses der Kommunistischen Internationale. Darin heißt es, die Hauptaufgabe der Komintern und jeder ihrer Landesorganisationen müsse darin bestehen, eine Festigung des Kontakts zwischen A.G.D. und den breiten Arbeitermassen durch eine

Zerschlagung der freien Gewerkschaften und die Organisation des Abwehrkampfes gegen den kapitalistischen Angriff auf die Löhne herbeizuführen. Also die Gewerkschaften, die in der nächsten Zeit die entscheidenden Kämpfe gegen den Lohnabbau zu führen haben werden — müssen auf Befehl von Moskau zerschlagen werden. Damit die Arbeitererschaft kämpfen kann, muß man sie ihrer Waffen berauben. Das ist kommunistische Logik. So sieht die Einheitsfront aus!

Die Unternehmer werden diese Handlangerentfesselung ungenutzt registrieren. Jeder aufgeklärte Arbeiter wird dagegen einsehen, daß diese Zerstückelungsaktion unserer Brüder von links keinen Ausweg aus der allgemeinen Not darstellt. Erfolg verspricht nur die Festigung der Kampfkraft der Arbeiterklasse durch Stärkung der freien Gewerkschaften auf der ganzen Linie.

Darum ans Werk zu neuer Aufbauarbeit!

Wie wählt man Papen?

Diese Frage hat bei den letzten Wahlen eine sehr weit rechts stehende Berliner Zeitung dahingehend beantwortet, daß man, da Papen keiner Partei zugehörig sei, Hitler wählen müsse, wenn man das Papen-Regime stützen wolle. An der Wahrheit dieser Antwort hat sich im Kern auch heute noch nichts geändert. Die Hitler-Partei ist der große noch falsche Flügel einer Koalition der „grundständig neuen Art der Staatsführung“. Selbst wenn Papen gehen sollte — was überdies nicht wahrscheinlich ist —, dann ist sicher, daß die Papenheimer bleiben. Es sei denn, daß durch den Willen des Volkes eine merklich starke und sehr kräftige Schwentung nach links eintritt. Bleibt diese Schwentung aus, dann wird die Wahlfahrtsanstalt der Junker und Schwerindustriellen unter Führung der Papenheimer und Hitlerbrüder verwirklicht werden. Dann wird das Tarifrecht völlig abgeschlagen, die noch bestehenden Tarifverträge labilisiert und die Sozialversicherung noch weiter ausgedehnt werden. Deshalb muß jeder Gewerkschafter dafür sorgen, daß die Wahrheit des Sages, wer Nazis wählt, Papen wählt, möglichst weite Verbreitung findet und dementsprechend gehandelt wird. Ein starker Schuß der Sozialpolitik ist ein Erfolg der Liste 2!

Was kostet die Krise? Denkt daran bei der Reichstagswahl.

Von Fritz Larnow.

Der seitherige Produktionsverlust in den drei Jahren ökonomischer Weltkrisen wird von Sachverständigen auf 250 bis 300 Milliarden Mark geschätzt. Das ist eine trostlose Ziffer, aber was bedeutet sie, gemessen an dem Reichtum der Welt?

Diese 250 bis 300 Milliarden Mark Krisenverlust sind sechsmal mehr als die familiären Goldbestände der Welt und übersteigen das Dreifache der umlaufenden Geldmittel. Der Wert der familiären Eisenbahnen der Erde einschließlich allen rollenden Materials bleibt dahinter zurück. Erst an diesen Vergleichen offenbart sich der grauig-grandiose Vernichtungskampf der kapitalistischen Krise gegen den Reichtum der Gesellschaft.

Wie sieht die Verlustbilanz in der deutschen Wirtschaft aus? Seht man die industrielle Produktion vom Mai 1929 gleich 100, so stand sie im Mai 1932 nur noch auf 55,2, ohne daß damit schon das Ende des Schrumpfungprozesses erreicht worden wäre. Von Monat zu Monat ging es weiter herunter bis auf 49,1 im August.

Das Institut für Konjunkturforschung, das diesen Produktionsindex zusammenstellt, gibt dazu auch eine Uebersicht in Geld gerechnet. Der Bruttowert der industriellen Produktion betrug 84 Milliarden Mark im Jahre 1928 und — wenn der Rest des Jahres nicht noch eine weitere Verminderung bringt — rund 32 Milliarden Mark im Jahre 1932. Ein Teil des Rückganges beruht allerdings auf dem Sinken der Preise; umgerechnet auf den Preisstand von 1928 würde sich „nur“ ein Verlust von 34 Milliarden Mark ergeben.

Das gesamte jährliche Volkseinkommen, das ungefähr dem Nettowert der gesamtwirtschaftlichen Produktion entspricht, ist vom Konjunkturinstitut für die Zeit vor der Krise auf 76 Milliarden Mark berechnet worden. Im Jahre 1932 dürfte es auf etwa 40 Milliarden Mark kommen. Die höchste jährliche Reparationszahlung nach dem Dames-Plan war auf 2,5 Milliarden Mark festgelegt. Der Krisenbeitrag, den das deutsche Volk dem kapitalistischen System entrichten muß, beläuft sich in diesem Jahre auf das Vierzehnfache dieser Summe.

Das ist eine geradezu vernichtende Bilanz für den Kapitalismus. Dabei ist noch gar nicht abzusehen, wann die tiefste Sohle erreicht sein wird. Das Konjunkturinstitut ist schon befriedigt, feststellen zu können, das wenigstens „die Wucht des Abschwunges“ sich vermindert hat. Selbstverständlich muß sich das Tempo des Niederganges verringern, denn bis auf den Nullpunkt kann es nicht gut heruntergehen.

Bemerkenswert ist die unterschiedliche Entwicklung zwischen der Erzeugung von Produktionsmitteln und derjenigen von Konsumgütern. Vom konjunkturellen Höchststande aus gemessen ist die erstere im Januar dieses Jahres auf 37,5 und dann bis August nur noch auf 36,8 gesunken. Die Verbrauchsgütererzeugung dagegen, die im Januar auf 68,6 stand, ist bis August noch weiter auf 63,2 herabgesunken. Das Konjunkturinstitut bemerkt dazu lakonisch: „Damit wird allmählich das Mißverhältnis überwunden, das sich vor allem im zweiten Halbjahr 1931 zwischen dem Produktionsumfang der beiden Industriegruppen herausgebildet hatte. Denn ein so hoher Anteil der Verbrauchsgüter, wie er noch um die Jahresende 1931/32 bestand, widerspricht den Erfordernissen einer hoch industrialisierten Volkswirtschaft wie der deutschen.“

Nun, der frontale Sturmangriff auf die Kaufkraft der breiten Massen, den der Papen-Plan unternehmen hat, dürfte ja in dieser Beziehung seine Wirkung nicht verfehlen. Natürlich muß das „Mißverhältnis“ beseitigt werden. Es wäre aber offenbar eine zu einfache Auffassung von der Wirtschaft, wenn

Zum 9. November.

Von Walter G. Olszewski.

Dolk der Arbeit, in Rauch und Schweiß und Hunger, Dürstiger gemacht als alle Pfade der Liebe, Stehst du nun auf, ein wiedererwachender Riese.

Noch sind die Treppen beschmutzt vom Kot deiner Feinde,

Noch heilen sich Sätze und Geschwähre in den Zimmern,

Die die Wohnkatt sind tapferen Glaubens, Und das Haus ist noch nicht dein, das du erbautest; warum?

Warum? Nichts ist, was nicht der Wille gebiert, Und was nicht gepanzert wird in Kampf und Treue! Die Mauer wankt nicht, wenn wir eingewurzelt stehen

Im Land, das wir Heimat nennen der Arbeit und des Volkes.

Heute trommeln die Fahnen im Wind, Und aus den Mäulern dringt heller Gesang. Heute schlägt unser Herz lauter noch für den ewigen Glauben: Deutsche Republik!

man sich vorstellen wollte, daß die Einschränkung in den Produktionsgüterindustrien durch eine Erweiterung des Verbrauchs und der Konsumgüterindustrien ausgeglichen werden könnte. Anpaffung des Verbrauchs an die Armut der Produktionsausnutzung, das ist die kategorische Forderung des Kapitalismus.

Produktionsmittel können nicht mehr hergestellt werden, weil Deutschland und die ganze Welt damit weit über den Bedarf angefüllt sind. Ein übergroßer und moderner Produktionsapparat steht leistungsbereit zur Verfügung. Rohstoffe in überquellender Fülle verderben ungenutzt. Sieben Millionen Arbeitslose in Deutschland, 30 Millionen in der kapitalistischen Weltwirtschaft jagen vergeblich nach Beschäftigung.

Die kapitalistische Wirtschaft ist vollkommen desorganisiert. Die Automaten des Systems ist eingetroffen, und die verzweifeltsten Bemühungen, das Getriebe wieder in Bewegung zu bringen, bleiben erfolglos. Selbst die Optimisten unter den bürgerlichen Defensoren gehen in ihren Hoffnungen nicht weiter als die Möglichkeit eines langsamen Wiederaufstieges in absehbarer Zeit vorauszusagen. Die Wahrscheinlichkeit, auch nur diejenige Wirtschaftshöhe wieder erklimmen zu können, die vor der Krise erreicht war, ist außerordentlich gering. Dagegen setzt sich in der Wissenschaft mehr und mehr die Auffassung durch, daß wir auf eine „lange Welle“ des wirtschaftlichen Abstieges geraten seien, die nur noch gelegentlich durch kurzfristige Aufstiegsperioden unterbrochen würde.

Die Frage ist nur, ob die Menschen bereit sind, diesen unfreiwilligen langweiligen Abbruch geduldig mitzumachen. Wie lange werden sie sich noch dem Wahnsinn unterwerfen, am Reichtum zu verelenden?

Auch Frauen wählen nur Liste 2.

Diesen Appell müssen Frauen an Frauen richten. Sie müssen für den Sieg der Sozialdemokratie werben. Sie müssen mit ihren Geschlechtsgenossinnen die Fragen der Politik besprechen, sie müssen die Unwissenenden aufklären, sie müssen die Wankelmütigen endgültig gewinnen, sie müssen allen sagen, daß auch die kleinste politische Frage für jede einzelne Frau, für jede Familie lebenswichtig ist. Politische Fragen sind Lebensfragen!

Von den Notverordnungen Papens bis zum Einlaufsloß der Hausfrau ist nur ein ganz kleiner Schritt, wenn auch große politische Entscheidungen dazwischenliegen. Daran muß in diesem Wahlkampf gedacht werden. Alle Frauen müssen unter den Frauen für den Sieg der Liste 2, für den Sieg der Sozialdemokratie, werben!

Wenn die Frauen Papen stürzen wollen, dann müssen sie sozialdemokratisch wählen. Hitler wird Papen weder stürzen wollen, noch stürzen können.

Welche Frau kann überhaupt noch nationalsozialistisch wählen? Nazis haben immer und immer wieder die Würde der Frauen mit Füßen getreten.

Nazis haben sich die gemeinsten und niederträchtigsten Beschimpfungen deutscher Frauen zuschulden kommen lassen, und wenn es möglich war, daß in Frankfurt a. M. drei Nazijünglinge ein junges Mädchen ermordeten, so ist dieser Fall nicht nur kriminell, sondern auch politisch zu werten.

Der hundsgemeine Mord, dem die Geliebte eines Nazijünglings zum Opfer fiel, konnte nur auf dem Sumpfboden der Hitler-Jugend vorbereitet und durchgeführt werden. Dieser Mord hat seine Erklärung in der nationalsozialistischen Mißachtung jeder Frauenwürde, in der nationalsozialistischen Verhöhnung aller Sitten und in der nationalsozialistischen Verachtung des Menschenlebens.

Der Nazimörder hatte es sogar fertiggebracht, eine Stunde vor dem Mord mit seinem Opfer noch eine Liebesstunde zu verbringen. Dann warf er das arme Mädchen ins Wasser — zwei Nazijumpen standen dabei „Schmiere“.

Wenn nichts anderes, dann müßte allein dieser Vorfall, der nur auf dem Boden der Hitler-Jugend wuchern konnte, alle Frauen und Mädchen veranlassen, sich von den Nazis abzuwenden!

Neuorientierung gewerkschaftlicher Jugendarbeit.

Wir erleben eine Zeit schwerster politischer, wirtschaftlicher und kultureller Verwirrung. Das Barometer dafür sind die Wahlen, die am deutlichsten diese Tatsache an der Haltung der proletarischen Masse klarmachen. Diese Proletarier, die doch zunächst alle nur ein Ziel haben, nämlich ihre Lage zu verbessern, sind in allen politischen Lagern zu finden. Wenn nun diese Verwirrung auf die ältere Generation zutrifft, dann in viel größerem Maßstab auch für die Jugend. Bis zum Jahre 1928 hat die Jugend ihrer Entwicklung so ziemlich keine Grenzen gesetzt gesehen. Wo sie konnte, verdrängte sie die Ältern und nahm deren Platz ein. Diese Emanzipation auf wirtschaftlichem Gebiet wirkte sich auf alle anderen Gebiete aus. Aber die Krise des Kapitalismus machte nicht vor der Jugend halt, sondern ging über sie hinweg. Wir haben heute über eine Million jugendliche Erwerbslose, Arbeiter, Kaufleute und Akademiker.

In den Nachrevolutionen hatten Partei und Gewerkschaften mit den Gegenwartsfragen so viel zu tun, daß es nicht verwunderlich ist, wenn sich die Jugendarbeit zwar neben der Schaffung der organisatorischen Grundlagen hauptsächlich auf Erfüllung von Befehlen, Paragraphen und Formalitäten beschränkte. Diese gemäß notwendige, umfangreiche und fruchtbare Arbeit wurde aber innerlich nicht lebendig gemacht. Man hat veräuert, den kolossalen Fortschritt agitatorisch und auch allgemein auszunützen. Alles, was Großes geleistet wurde in bezug auf Lehrlingsrecht, Arbeitsrecht, Tarifwesen, Wahlrecht, Schulwesen usw., wurde hingeworfen als etwas Selbstverständliches. Es war ja da, wozu sich also den Kopf zerbrechen. Ja, die Arbeiterchaft konnte es sich sogar leisten, von links her diese Erwerbslosen in den Dreck zu ziehen und herunterzuwerfen zu lassen, anstatt sie als Grundlage zum Weiterbau zu benützen. Das Ganze nannte man „Enttarnung der Reformisten“. Der Erfolg der Unterlassungsfünde der Gewerkschaften gegenüber der Jugend, die den Vergleich mit früher nicht hatte, war der, das Geschaffene, so mangelhaft es manchmal war, gegen KPD und Reaktion, der alles zu viel war, mit allen Mitteln zu verteidigen. Diese positive

Einstellung der Gewerkschaften zu allem, was mit der Schaffung des Staates von Weimar zusammenhing, ließ sie der Jugend vielfach konservativ erscheinen. Dazu kommt, daß durch den Umgang mit Behörden, staatlichen Organen, sich die Führer Umgestaltungsformen oder sonstige Symptome einer Verbürgerlichung angeeignet ließen, die sie von der Masse, aus der sie hervorgingen, abhob, was schließlich mit dem Schlagwort „Bonzenium“ bezeichnet wurde. Alles Dinge, die von links und rechts weidlich ausgenützt, bei der Agitation unter der Jugend bei deren gefühlsmäßiger Einstellung ihre Wirkung nicht verfehlten.

Das ist heute anders geworden. Wir stehen an der Schwelle einer neuen Epoche zeitgeschichtlicher Entwicklung. Die Rechte kommt nach und nach in die Führung des Staates und damit in Verantwortung, oder sie verkümmert in länder Opposition. Und dann ist es aus mit der marxistischen Propaganda und Agitation. Im Kampf gegen links können wir die nur negative Opposition und ihre Erfolglosigkeit in der Bessergestaltung der Verhältnisse der Arbeiter gebührend kennzeichnen. Dazu in einer Zeit der für sie denkbar günstigsten ökonomischen und soziologischen Voraussetzungen. Unsere Opposition aber muß dergestalt sein, daß die Masse sieht, daß hier etwas ist, worauf man die Zukunft aufbauen kann. Man sagt, alle Jugend sei grundsätzlich negativ, oppositionell und himmelstürmend. Das trifft heute nicht mehr in dem Maße zu. Gewiß ist Jugend kritisch, sehr kritisch sogar. Und das ist gut so. Aber daneben hat die Jugend heute mehr

Steht nicht abseits.

Steht nicht abseits, Frau im Arbeitskleid! Mädchen, du — die ich in harter Fron Lebenskraft und erste Jugendfrische Geben müßt für allzu hargen Lohn.

Leid habt ihr fürwahr genug getragen — Sorge drückt euch weiter, dumpf und schwer — Reicht euch ein in uns're Kämpferscharen, Schwestern ihr, in der Entertten Heer!

Wenn ihr je in euren harten Herzen Hoffnung für der Zukunft Land seht: Der Gerechtigkeit gebt eure Stimme, Euer Wort soll für die Freiheit stehen!

H. W.

denn je einen gesunden Sinn fürs Reale, herausgehoben aus der dynamischen Entwicklung der Verhältnisse. Der Jugendliche sieht sich heute jeglicher Existenz beraubt, jeglicher Zukunftssicherung bar. Deshalb wendet sich die Agitation nicht mehr nur an Gefühl, sondern mehr an den Verstand. Das wird gerade der gewerkschaftlichen Agitation zufließen kommen. Jugend will keine Opposition der Opposition zuliebe. Die enorm zugespitzten ökonomischen Verhältnisse will der junge Mensch geändert sehen nicht durch Phrasen und Maulaufreißer, sondern durch eine grundlegende Neugestaltung der Verhältnisse auf der Basis sozialer Gerechtigkeit. Hier zeigt sich der Weg zur praktischen Jugendarbeit. Zwischen Nationalem, Verstandesgemäßem und Gefühlsmäßigen muß eine gesunde Synthese gefunden werden. Schon heute sehen sich die Gewerkschaften vor ungeheure Aufgaben gestellt, die größte Konzentration und stärksten Kampfwillen verlangen. Dieser Kampfwille muß auf der gefühlsmäßigen Seite durch die Verbreiterung der Kampfbasis auf die Internationale gestärkt werden. Die Gewerkschaften als Kampfbewegung werden ihre Anziehungskraft auf die Jugend bestimmt nicht verlieren. Dervollständig in ihrem Erfolg wird diese äußerliche, propagandistische Wirkung durch intensive Werbearbeit: 1. um den Betrieb und 2. um den Menschen. Der Kampf um den Betrieb muß zum Ziel haben die restlose Erfassung aller zu einem einheitlichen, kompakten Block zielbewusster, solidarischer Gewerkschaftler. Der Kampf um den jugendlichen Menschen muß abgestellt sein auf: 1. seine persönliche und häusliche Not; 2. die schlechten Berufsverhältnisse vor und nach der Lehre; 3. seine Erwartungen und allgemeinen Interessen und 4. seine körperliche und geistige Disposition, also persönliche Qualifizierung zum gesamten gesellschaftlichen Geschehen. Darüber hinaus muß ver sucht werden, auf die Eltern Einfluss zu bekommen. Der Nazifizierung an Fach- und Gewerbe- oder Handelschulen muß von außen her durch Flugblätter, von innen her durch persönliche Agitation begegnet werden. Hauptsächlich aber muß der Kampf organisiert werden in den Betrieben, dem Urboden aller gewerkschaftlichen Kämpfe. Von hier muß ausgehen eine Hebung des Kraftbewußtseins des einzelnen, der sich im Kampf auf seine Kollegen, auf die Organisation verlassen kann.

H. M., Stuttgart.

Warum Kleinarbeit bei unserer Mitglieder-Werbung.

In letzter Zeit ist viel Brauchbares über die jeweils beste Werbemethode geschrieben worden. Dabei wurde mit Recht betont, daß die Werbung neuer Mitglieder den gegebenen Verhältnissen der Berufsstruktur angepaßt sein soll. Wie liegen nun die Verhältnisse bei uns? Die Antwort ist nicht schwer. Die statistischen Unterlagen, welche wir seit Jahren durch regelmäßige Erhebungen gesammelt haben, geben darüber den nötigen Aufschluß. Unsere Branchen zählen bekanntlich mit wenigen Ausnahmen überwiegend zum Gewerbe und zur Kleinindustrie. Schon die Größenverhältnisse der in Betracht kommenden Betriebe dokumentieren dies.

Selbst in der Lederwarenindustrie, die überwiegend industriellen Einschlag hat, sind größere Betriebe mit 100 Beschäftigten — selbst in Zeiten der besten Konjunktur — nur wenig vorhanden. Desgleichen in der Fahrzeugindustrie, soweit die Polster- und Sattlereiabteilungen selbst der größten Betriebe in Betracht kommen. Wurden Ende 1931 bei unseren statistischen Erhebungen im Reich doch nur 14 Betriebe mit über 100 Beschäftigten ermittelt. Der handwerksmäßige Charakter, der unseren Branchen vorwiegend eigen ist, begünstigt andererseits den Kleinbetrieb. Besonders gedeihen diese Betriebe ohne Beschäftigte in Krisenzeiten durch das zwangsmäßige Selbständigwerden. Ende 1931 waren von allen erfaßten Betrieben nicht weniger als 55,9 Proz. solche Betriebe. Dann folgen die Kleinbetriebe mit ein bis drei Beschäftigten, welche 36,2 Proz. ausmachten. Mittlere Betriebe mit 4 bis 20 wurden 6,3 Proz. und größere Betriebe mit 21 und mehr Beschäftigten wurden nur 1,3 Proz. aller Erfaßten festgestellt. Nur einzelne Orte haben bei der nun einmal gelagerten Struktur unserer Branchen größere Betriebe, und die Werbung kann danach eingestellt werden.

Ueberragend an Zahl sind nach obiger Feststellung bei uns demnach die mittleren und kleineren Betriebe. Die Bearbeitung dieser großen Anzahl von Betrieben erfordert nicht nur allseitige Umsicht, sondern auch eine weitere Mithilfe von Werbefunktionären, denn der Ortsvorstand allein kann selbst bei größter Nüchternheit diese Aufgabe nicht bewerkstelligen. Es ist deshalb ein Gebot der Stunde, daß alle Ortsverwaltungen dazu übergehen, indem sie Werbeausstüffe errichten, um die ständig wiederkehrende Werbearbeit bewältigen zu können. Hier bietet sich ein großes Feld praktischer Betätigung und zugleich ein ergiebiger Anschauungsunterricht für unseren Nachwuchs.

Es dürfte bekannt sein, daß eine Anzahl unserer Verwaltungsstellen die besten Erfahrungen mit ihren Werbe- oder Agitationskommissionen — wie man sie nennen will — gemacht haben. Es gilt ja nicht nur die einzelnen Unorganisierten der Betriebe immer wieder zu mahnen, daß sie unserem Verband beitreten sollen, sondern die Mehrzahl der Fernstehenden muß eben bei der Eigenart unserer Branchen in ihrer Wohnung aufgesucht werden. Dabei ist es nebensächlich, ob der oder die Unorganisierte zur Zeit beschäftigt oder arbeitslos ist. Arbeitslose Berufsangehörige können wir nach unserem neuen Statut ohne Eintrittsgeld ebenfalls aufnehmen.

Neben den Neuzugewinnenden ist die Zahl der Bummelanten, die in den meisten Fällen nur aus Interesslosigkeit ihre fälligen Beiträge nicht zahlen, sehr beachtlich. Diese rechtzeitig zu mahnen, um sie dem Verband zu erhalten, ist heute bei den gegebenen Verhältnissen eine Notwendigkeit. Aber auch hier ist die persönliche Fühlung geeignet, Wandel zu schaffen.

Nach dem Angeführten ist es unbestreitbar, daß eben die persönliche Fühlungnahme mit den Fernstehenden oder mit den Bummelanten die beste Methode der Werbung bleibt und bei unseren Verhältnissen Anspruch hat, auch erfolgreich zu sein. Einzelne Verwaltungsstellen haben ihre Orte in Bezirke eingeteilt. Ein oder je nach Größe des Bezirks mehrere Kollegen bearbeiten denselben. Auch die Hausauffierung, die bei uns in verschiedenen Orten eingeführt ist, bietet bei genauer Durchführung zunächst die Gewähr, die Saumseligen an der Stange zu halten, aber auch andererseits gewährt sie dem Umsichtigen einen Ueberblick, welche Möglichkeit in seinem Bereich vorhanden ist, weitere Mitglieder für uns zu gewinnen.

Also die intensive Kleinarbeit ist es, die das Fundament unserer Werbung sein muß!

f. a.

Streiks und Lohnbewegungen.

Erfolgreiche Abwehr der Notverordnung in Stuttgart.

Der Lohnstarif der Kofferindustrie für Stuttgart-Württemberg ist zum 31. Oktober 1932 gekündigt worden. Zweifellos verfolgen damit die Fabrikanten das Ziel, den Tariflohn weiter zu kürzen. Trotz dieser Maßnahme gingen einzelne Firmen dazu über, wegen einer Anzahl Neueinstellungen die Lohnföhrung für die 31. bis 40. Stunde anzuföhrigen. Die Firma Auwärter u. Bubed forderte den restlosen Abzug von 50 Proz., was am 21. Oktober erstmalig eintrat. Hiergegen wehrte sich die Belegschaft und stellte die Arbeit am 22. Oktober ein. Die Firma rief den Schlichtungsausschuss (!) an, doch lehnte die Belegschaft es ab, die Arbeit bis zu dessen Entscheidung wieder aufzunehmen. Nach mehrmaligen Verhandlungen nahm dann die Firma die Abzüge zurück und machte den Vorschlag — nachdem verschiedene andere abgelehnt waren —, die Bestimmung der Notverordnung über die 31. bis 40. Stunde bis zum 31. Dezember 1932 nicht anzuwenden. Für den Fall aber, daß eine Senkung des Tariflohnes nicht eintrete, kann der Lohn ab 1. Januar 1932 um 5 Proz. gekürzt werden. Bei Herabsetzung der Arbeitszeit unter 36 Stunden fällt jedoch jeder Abzug fort.

Die Belegschaft hat sich mit dieser Formulierung einverstanden erklärt. Die Bewegung ist zweifellos ein Erfolg, denn der Abzug hätte ungefähr 11 Proz. betragen. Die Arbeitszeit betrug vor den Einstellungen 32 Stunden und erhöhte sich nach den Einstellungen auf 44 Stunden.

Notverordnung und Zeiger Kinderwagen-Industrie.

Wie die Zeiger Unternehmer schon immer glauben (als sozialbedenkende Menschen — als die sie sich immer hinstellen), bei keinem Lohnabzug fehlen zu dürfen, so waren sie auch jetzt der Ansicht, auf Grund der Notverordnung sei ihre Zeit wieder einmal gekommen.

Daß aus den edlen Absichten der Herrschaften nichts wurde, haben Sie nächst dem sofortigen Eingreifen der Gewerkschaften, der vorzüglichen Haltung der Belegschaften zu verdanken. In der Angelegenheit den nötigen Nachdruck zu verleihen, beschloß die Belegschaft der Firma Wunsch u. Bretsch, sofort die Kündigung einzureichen. Von 190 Belegschaftsmitgliedern reichten 188 die Kündigung ein. In allen in Frage kommenden Betrieben diese prächtige Kampfstimmung, damit hatten die Unternehmer nicht gerechnet.

Auf Grund der ausgesprochenen Kündigung der Belegschaft der Firma Wunsch u. Bretsch sah sich die Leitung der Firma sowie die anderen beteiligten Arbeitgeber veranlaßt, an den Schlichter heranzutreten, um die Genehmigung für den Lohnabzug auf Grund der Notverordnung für ihre Betriebe zu erhalten. Die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss hatte, dem der Schlichter für Mitteldeutschland die Entscheidung übertragen hatte, ergab keine klare Entscheidung. Auf Anordnung des Schlichters wurde die Kündigung acht Tage hinausgeschoben, und die Arbeitgeber wurden verpflichtet, die alten Löhne weiterzuzahlen. Der Schlichtungsausschuss in Halle in seiner Eigenschaft als Vertreter des Schlichters teilte später mit, daß er die endgültige Entscheidung dieser Streitfrage dem Schlichter in Leipzig wieder übergeben habe.

Die Gewerkschaftsvertreter vertraten von vornherein den Standpunkt, daß die Kinderwagenbetriebe Konjunkturbetriebe seien und aus diesem Grunde nicht unter die Notverordnung fielen. Die Arbeitgeber verflüchten wohl den Gegenbeweis anzutreten, was ihnen aber nicht gelang.

Der Schlichter konnte sich den Ausführungen der Gewerkschaftsvertreter nicht verschließen und mußte die ins Feld geföhrten Gründe anerkennen. So war es letzten Endes nicht verwunderlich, daß die Anträge der Firmen abgelehnt worden sind. Beteiligt waren die Firmen E. A. Raether, Haeffelbarth u. Storm, Wunsch u. Bretsch, Gärtner u. Ed. Pfeiffer.

Daß diese Bitte manchen nicht zur Ruhe kommen läßt, zeigt die Betriebsleitung der Firma Pfeiffer. Ein neuer Anschlag im Betrieb besagt, daß die Firma Einspruch beim Schlichter auf Grund des § 5 der Notverordnung gestellt habe. Wenn die Herrschaften ein so großes Interesse daran haben, ihren Betrieb für eine gewisse Zeit in den Ruhezustand zu versetzen, dann mögen sie ja ein Lätzchen wagen. Die Belegschaft der Firma Pfeiffer wird gemäß gern dazu aufspielen.

Willy Lindner, Zeig.

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Schmied. Vollversammlung am 15. Oktober 1932. Kollege Silbermann berichtete über Einnahmen und Ausgaben im 3. Quartal 1932. Der Mitgliedsbeitrag betrug Ende September 326. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlohnung erteilt. Zum Zeiger im Schlichtungsausschuss wurde Kollege Schütz gemäß. Die erwerbslosen Mitglieder erhielten verbilligte Eintrittsarten zum Besuch des

Gustav Schäfer und Friedrich Schaal

vollenden bei der Verwaltungsstelle Stuttgart ihre 40jährige Verbandsmitgliedschaft



Gustav Schäfer trat am 28. Mai, Friedrich Schaal am 6. August 1892 dem Verband der Sattler bei, dessen Verwaltungsstelle Stuttgart zwei Jahre vorher gegründet war. — Beide Kollegen waren am Aufbau der Organisation sehr rüthig, opferwillig und selbstlos beteiligt. Sie haben wesentlichen Anteil an dem Aufschwung der Bewegung in der Reiseartikelbranche der Vorkriegsperiode. Schäfer war im 20., Schaal knapp im 17. Lebensjahr, als sie unserem Verbands sich anschlossen. Welche Fülle von Opfern dar verschiedensten Art wurde von diesen beiden Kollegen im Interesse unserer Bewegung gebracht. Die letzten Jahre haben die beiden Kämpfer

auf eine harte Probe gestellt. Nach dem Verlust ihrer Ehegatten blieben sie beide auch nicht von der Arbeitslosigkeit verschont. Trotzdem stehen sie mit uns in Reih und Glied und verfolgen mit großem Interesse die Kämpfe der Gegenwart.

Wir wünschen, daß recht viele unserer Mitglieder sich ein Beispiel nehmen an der Ausdauer und Treue dieser beiden Jubilare. Unserem Gustav Schäfer und Friedrich Schaal danken wir für die Opferwilligkeit und Treue und wünschen, daß sie noch recht lange in unseren Reihen mitwirken und daß sie gemeinsam mit uns den weiteren Aufstieg der Arbeiterklasse erleben mögen.

Der Hauptvorstand.

Die Ortsverwaltung Stuttgart.

städtischen Theaters. Die Firma R. u. K. will, entgegen den Bestimmungen des Manteltarifs, mehr Beihrlinge beschäftigen. Schütz ersuchte die Kollegen, ähnliche Fälle bei anderen Firmen sofort der Ortsverwaltung zu melden. Dann gab er bekannt, daß die Treibriemer im Freistaat Sachsen in Lohnverhandlungen stehen. Die Treibriemer hatten in einer Branchenversammlung eine Resolution angenommen, die sich gegen jeden Lohnabbau wendet. Eine lebhafte Ausprache schloß sich an den Bericht des Vorliegenden über die Wahlen zum erweiterten Vorstand an. Infolge ungenügender Wahlbeteiligung erhielt Chemnitz für die kommende Geschäftsperiode keinen Vertreter. Die Opposition hatte ihre rabiate Zerlegungsarbeit damit getront, indem sie durch den Kollegen Franz Probst beim Hauptvorstand einlegte und beantragte, die Wahl für unglültig zu erklären. Der Hauptvorstand hat diesen Protest abgemieien. In der Ausprache geihelten alle Kollegen die hemmungslose Opposition des Kollegen Franz, die in der letzten Zeit unerträgliche Formen angenommen habe. Franz wird nochmals erucht, sich für die Zukunft so zu betätigen, daß seine Haltung mit den Grundgeden der Gewerkschaftsbewegung in Einklang zu bringen sind. Schreiter.

der kapitalistischen Wirtschaft muß damit beginnen, die Kommandohöhen derselben zu erobern und die wichtigsten Positionen der Machthaber zu brechen. In den Schlüsselindustrien und im Großgrundbesitz hat das reaktionäre Unternehmertum seine stärksten Stützen. Deshalb muß die Verstaatlichung der Großindustrie und die Enteignung des Großgrundbesitzes als erste Maßnahme durchgeführt werden. Entsprechende Gesetzentwürfe wurden von der sozialdemokratischen Fraktion bereits eingereicht. Wer den Sozialismus bereits in der Gegenwart aufbauen will, muß am 6. November seine Stimme der Sozialdemokratischen Partei geben.

Nazis stehlen Mitgliedsbücher.

Am 25. Oktober wurde ein junger arbeitsloser Leipziger Kollege grundlos von acht Nationalsozialisten überfallen und zu Boden geschlagen. Bei dieser Gelegenheit haben die Strolche dem Kollegen die Briefstiche mit sämtlichen Ausweispapieren und einem Gelddbetrag abgenommen. Das Mitgliedsbuch unseres Kollegen lautet auf den Namen Edmund Hagenow. Da anzunehmen ist, daß die Nazis weitere unlaute Handlungen mit den gestohlenen Ausweisen vornehmen werden, eruchen wir alle Kollegen, denen das Buch vor die Augen kommt, dasselbe anzuhalten und an die Hauptverwaltung einzuliefern.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Dom 31. Oktober bis zum 6. November ist der 45. Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Auf eine 25jährige Mitgliedschaft in unserer Organisation kann zurüdblicken:

Baugen.
Hauschild, Otto Sattler Eingetrag. 6. 10. 07.

Sterbetafel.

Gestorben sind:
Berlin. Am 20. Oktober der Tapezierer, Kollege Adolf Swiderski, 51 Jahre alt. Am 3. März der Portefeulier, Kollege Gustav Feufert, 69 Jahre alt.
Am 23. Oktober der Sattler, Kollege Oswald Hübzig, 57 Jahre alt und der Sattler, Kollege Emil Kühnert, 64 Jahre alt. Kollege Kühnert war seit 1896 ununterbrochen ein treues Mitglied unseres Verbandes.

Kiel. Am 23. Oktober der Kollege Johannes Stender im Alter von 56 Jahren.
Nürnberg. Im Alter von 63 Jahren unser Kollege, der Zuschneider Jakob Rattinl.

Ehretihrem Andenken!

Reichstag und Lohnlüte.

Auf ein paar Mandate mehr oder weniger kommt es nicht an? Im Gegenteil! Die sozialen Kämpfe werden entscheidend beeinflusst von der Stärke der politischen Vertretung der Arbeiterchaft. Das beweisen die folgenden paar Zahlen:

	an tariflichem Stundenlohn		an Arbeitslosenunterstützung	
	1924	1929	1924	1929
1924	70 Pf.	103	20	21
1929	80	133	9	12

Im Deutschen Reichstag sahen

	S.D.		N.S.D.	
	Abgeordnete	Abgeordnete	Abgeordnete	Abgeordnete
1924	100	62	32	12
1929	153	54	12	230
1932	133	89	230	

Mit wachsenden Nazimandaten fiel der Lohn und die Arbeitslosenunterstützung. Das Unternehmertum hat die Schwächung der Sozialdemokratie und das Ansteigen der Nationalsozialisten im Reichstag gut zu nutzen verstanden. Stärkt deshalb den Einfluß der Sozialdemokratie im Reichstag durch Wahl der Liste 2.

Sozialismus als Gegenwartsaufgabe

Die langanhaltende Krise hat die Brüchigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eindeutig bewiesen. Ein Umbau der Wirtschaft ist die einzige Garantie dafür, daß eine solche Krisenperiode nicht wiederkehrt. Die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion haben den Weg aus der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch klare Formulierungen gezeigt. Die Beseitigung des kapitalistischen Systems und der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft ist für den organisierten Arbeiter nicht eine Sache der in unbestimmter Ferne liegenden Zukunft, sondern Gegenwartsaufgabe. Nicht mit einem Schlage ist dieses gewaltige Problem zu lösen. Aber die Massen müssen für dieses hohe Ziel mobilisiert werden. Die Gewerkschaften und die S.D. kamen zu der Ueberzeugung, daß das kapitalistische System an der Wurzel getroffen werden muß. Der Umbau